

50 Jahre nach ihrem Godesberger Programm braucht die SPD heute wieder dringend ihren sozialpartnerschaftlichen Geist.

In der Sackgasse der Feindbilder

Von Gerd Held

Es gab einmal ein Wort, das eine ganze Kampagne war. Der „Neoliberalismus“ sollte für alles Unheil dieser Welt verantwortlich sein. Auch über die Tore des Wahljahres 2009 sollte das Unwort groß geschrieben werden. Der Hessen-Kandidat der SPD bezeichnete Roland Koch als „Lobbyisten einer neoliberalen Ideologie“, die „die tiefere Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise“ sein sollte. Da hätten die Linkspartei und die Grünen sofort zugestimmt. Allerdings blieb schwammig, was hier eigentlich der Vorwurf war. Man dachte an Milliarden, die mit undurchsichtigen Finanzprodukten verzockt wurden. An Anlegertäuschung, an Steuerhinterziehung. Das Klebewort „Neoliberalismus“ brachte solche Praktiken dann mit „den Hedgefonds“, „den Banken“, „den Managern“ und „dem Markt“ in Verbindung. Mehr noch: Indem das Wörtchen „liberal“ eingesetzt wurde, wurde die Freiheit selber unter Generalverdacht gestellt. Das selbständige, eigenverantwortliche Handeln in einer pluralistischen Gesellschaft geriet in den Verdacht, für die Krise verantwortlich zu sein. Freilich blieben die Väter der Kampagne die Antwort schuldig, wieso das Prinzip „staatliche Kontrolle“ ebenfalls abenteuerliche Verluste eingefahren hatte. Sie erklärten auch nicht, welche andere Motivation der Bürger an die Stelle der Freiheit treten sollte. Die Neoliberalismus-Kampagne war nur eine Negativkampagne. Aber sie stellte die geistige Brücke dar, die das rot-rot-grüne Lager verband. Sie drückte eine gemeinsame Stimmung aus. Hier verstand man sich. Hier klangen die Reden und Interviews irgendwie ähnlich.

Diese geistige Brücke ist nun, wunderbar pünktlich zum Auftakt des Wahljahres, eingestürzt. Der hessische Wähler hat nicht nur rot-rot-grün die Mehrheit versagt, sondern er hat mit der FDP ausgerechnet die Partei gestärkt, die eigentlich das Böse in Reinkultur verkörpert. Es geht hier nicht um einzelne Programmpunkte, vielmehr setzte der Wähler ein Zeichen. Es ist inzwischen aufgefallen, wie sehr mit dem Verdikt „Neoliberalismus“ das selbständige Denken der Bürger eingeschränkt wird. Nun erweist sich die Kampagne, an der der SPD-Vorsitzende Müntefering mit seinem Heuschrecken-Vergleich frühzeitig beteiligt war, als strategische Sackgasse für die SPD. Sie verliert nicht nur einzelne „Abweichler“, sondern einen ganzen Teil ihrer Wählerschaft. Sie verliert ihre Mehrheitsfähigkeit. Sie verbaut sich eine Koalition mit der FDP und begibt sich in die babylonische Gefangenschaft der Linkspartei. Aber nicht nur um Parteien-Konstellationen geht es, sondern auch um das geistige Klima, das einen politischen Neuanfang in Deutschland möglich machen könnte. Dass eine neue Regierung nach der Großen Koalition von einer neuen Bereitschaft zu Veränderung getragen werden muss, liegt auf der Hand. Die Kampagne gegen den Neoliberalismus ist dafür denkbar ungeeignet. Sie bewirkt das genaue Gegenteil, sie ist eine Bremserkampagne. Sie sät Misstrauen und Neid in die Gesellschaft. Sie kann in der Freiheit nicht die Ressourcen von Initiative und Verantwortung erkennen, sondern nur die Freisetzung von Gier und Rücksichtslosigkeit. Im Pluralismus der gesellschaftlichen Gruppen sieht sie nur die Gefahr der sozia-

len Spaltung. Sie kann die verschiedenen Schichten und Milieus nicht mehr nehmen, wie sie sind, und ein Stück ihres Weges gehen lassen – sie muss sie gleich umerziehen. Das ist ein besonders kritischer Punkt für die SPD, denn damit zerstört sie ihre Fähigkeit zur Sozialpartnerschaft. Im Licht des Neoliberalismus-Vorwurfs erscheint diese Partnerschaft nur noch als Werkzeug der sozialen Benachteiligung.

Die deutsche Sozialdemokratie war schon einmal viel weiter. Im November dieses Jahres jährt sich zum fünfzigsten Mal die Verabschiedung des Godesberger Programms. Es war in einem ganz anderen Geist geschrieben. Die SPD hatte sich dazu durchgerungen, Kapital und Arbeit als zwei verschiedene und unverzichtbare Kräfte der modernen Welt anzuerkennen. Das war ein mutiger und verdienstvoller Schritt. Mit ihm führte sie die Arbeiterbewegung aus der Sackgasse eines Klassenkampfes, der das Kapital verdrängen wollte. Erst jetzt konnte die Sozialpartnerschaft in der Bundesrepublik wirklich zu einem allgemeinen Modell werden. Die „soziale Marktwirtschaft“ stand nun auf einer wirklich breiten Grundlage. Nun nahmen ganz unterschiedliche soziale Kräfte – Arbeitnehmer und Kapitaleigner, „Arme“ und „Reiche“ – an einem gemeinsamen Projekt teil, ohne dass vorher die sozialen Unterschiede eingeebnet werden mussten. 1949, das Grundgesetz-Jahr, ist unser politisches

Schlüsseldatum. Aber sozial ist 1959, das Godesberg-Jahr, auch ein historisches Datum – denn es bringt einen langen Integrationsprozess der Arbeiterschaft zu einem guten Ende. Hier wurde nicht nur der Grundstein für die Regierungsfähigkeit der SPD gelegt, sondern auch der Geist der Republik weiterentwickelt. Es gab nun Alternativen, die Öffentlichkeit atmete freier. Mehr Respekt für „die Anderen“ lag in der Luft. Allerdings dauerte diese Aufbruchstimmung nur kurz, denn in den 60er Jahren gewannen neue Feindbilder die Überhand. Die 68er wollten eine andere Republik und auch die SPD, die 1969 die politische Mehrheit gewann, hatte „Godesberg“ schon weitgehend vergessen. Auch später kam dieser gute Geist der Sozialdemokratie eigentlich nicht wieder zurück. Ist es ein Zufall, dass im jubiläumsreichen Jahr 2009 fast niemand die SPD-Erneuerung von 1959 auf der Agenda hat?

Eigentlich läge es heute sehr nahe, sich auf den Geist des Godesberger Programms zurückzubedenken. Es wäre eine Alternative zu der Neoliberalismus-Kampagne, die die SPD in die Sackgasse geführt hat. Es wäre eine programmatische Alternative und nicht nur ein pragmatischer Schachzug, wie wir ihn aus der Ära Schröder. Die deutsche Sozialdemokratie braucht eine geistige Erneuerung. Sie muss wieder lernen, Freiheit und sozialen Pluralismus zu begründen.

(Manuskript vom 23.1.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 26.1.2009 unter der Überschrift „Der gute Geist der Sozialdemokratie“)